

4. Verhandlung wieder ohne Ergebnis

Verleger erhöhen ihr Angebot um 20 Euro . . .

Zeitungsverlagsbeschäftigte sollen billig abgespeist werden

Von Weihnachtsfreude keine Spur, dafür gute Gründe, sich zu ärgern: in der nunmehr vierten Tarifverhandlung für die Beschäftigten in Bayerns Zeitungsverlagen steigerten die Arbeitgeber ihr bislang enttäuschendes Angebot um sage und schreibe 20 Euro – für mehr habe man „kein Mandat“. Nach wie vor soll es erst im Januar 2025 eine bleibende Erhöhung der Gehälter, Löhne und Ausbildungsvergütungen geben. Bis dahin sollen sich Beschäftigten mit monatlichen Einmalzahlungen von jetzt 120 Euro zufriedengeben.

Von der Inflationsausgleichsprämie, die vom Gesetzgeber bis zu 3000 Euro steuerfrei gestellt wird und seit Oktober 2022 bereits fließen sollte, würden die Verlagsangestellten somit gerade mal 1920 Euro erhalten. Tabellenwirksam wird es aber erst zum 1.1.2025, denn die letzte Rate von 120 Euro käme dann als Sockelbetrag auf die Gehälter und Löhne.

„Mit diesem enttäuschenden Angebot werden die Kolleginnen und Kollegen in den Zeitungsverlagen im Vergleich mit anderen Branchen miserabel behandelt,“ so die ver.di-Verhandlungskommission. Gerade nach dem Abschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder – mit 3000 Euro Inflationsausgleichsprämie, 200 Euro Sockelbetrag und 5,5 % mehr Entgelt - sei das Angebot der Verleger ein Schlag ins Gesicht der Belegschaften.

Bei einer Forderung von 10,5 % für 12 Monate, mindestens 325 Euro (für Azubis mindestens 150 Euro) gebe es so keine Chance für einen Kompromiss.

Bis zur nächsten Verhandlung am 16.01.2024 sind nun alle Beschäftigten aufgefordert, ihren Arbeitgebern klar und deutlich zu sagen, dass es so nicht geht!

Tarif-Info 5

München im Dezember 2023

Mitglied werden?

www.mitgliedwerden.verdi.de